

Folgen genau überprüfen

Heimatverein Verl lehnt Gewerbegebiet an der Pausheide ab

Verl (WB). Die Diskussion über ein mögliches Gewerbegebiet an der Pausheide nimmt Fahrt auf. Anwohner protestieren schon jetzt (wir berichteten am Montag) – nun bezieht auch der Heimatverein Verl Stellung.

»Wir begrüßen die Bemühungen der Stadtverwaltung und des Rates, Verl als attraktiven Gewerbestandort zu sichern. Die Entwicklungen der letzten Jahre haben allerdings auch zu tief greifenden Veränderungen des Orts- und Landschaftsbildes geführt«, teilt Vereinsvorsitzender Matthias Holzmeier mit. Aufgrund der historischen Siedlungsweise hätten sich aus den ehemaligen Hof- und Kötterstellen viele kleine Siedlungskomplexe entwickelt mit der Folge einer erheblichen Zersiedelung und einem hohen Landschaftsverbrauch.

Holzmeier: »Zukünftig sollte aus Sicht des Heimatvereins die Stadt bei der Entwicklung der Gewerbegebiete mehr als bisher eine nachhaltige, geordnete und landschaftsschonende Vorgehensweise berücksichtigen.« Der Konzentration auf die vorhandenen Standorte, der Schließung von Baulücken und der Nutzung bereits ausgewiesener Flächen sollte



Matthias Holzmeier vom Heimatverein Verl.

Vorrang eingeräumt werden. Bei der Ausweisung eines interkommunalen Gewerbegebietes sollte laut Holzmeier eine Zusammenarbeit mit der Stadt Rietberg zum Ausbau eines bereits vorhandenen Gebietes zu einem gemeinsamen geprüft werden, da es bereits über eine Anbindung an die A2 verfügt.

Gegen ein vollständig neu zu projektierendes interkommunales Gewerbegebiet an der Pausheide sprechen aus der Sicht des Heimatvereins folgende Gründe: eine Einschränkung der Wohnqualität für Anwohner und auch für die Anlieger des Gewerbegebietes

(Streusiedlung); der Entzug der Wirtschaftsgrundlage der bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe; ein weiterer Flächenverbrauch; das Verschwinden einer noch in Teilen erhaltenen Kulturlandschaft mit traditioneller Wiesen- und Weidewirtschaft von hohem ökologischem Wert; die mögliche Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes nördlich der geplanten Gewerbeflächen (ohne Puffer) sowie eine weitere Zunahme der schon jetzt hohen Verkehrsbelastung mit zusätzlichen Belastungen durch eine Autobahnauffahrt. Ohne eine grundlegende Untersuchung der Folgen sowohl für die unmittelbar Betroffenen als auch für die gesamte Stadt sowie eine Umweltverträglichkeitsprüfung seien die Auswirkungen und Folgen eines solch enormen Gebietes inklusive Anschluss an die A2 nicht verantwortlich abzuschätzen.

»Daraus ergibt sich aus unserer Sicht die Schlussfolgerung, dass ein Gewerbegebiet dieser Dimension zum jetzigen Zeitpunkt nicht als erklärter Wille der Verler Bevölkerung, vertreten durch den Rat der Stadt, in den Planungsprozess gebracht werden kann«, erklärt Matthias Holzmeier.